

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

28.9.1927 (No. 225)

Expedition:
Karlsruher
Zeitung
Nr. 253
und 254
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Knecht
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstags 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffreier Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Inneren berechnet. Bei Abgabe von Anzeigen, die in den Anzeigenblättern der Zeitung veröffentlicht werden, ist die Beschränkung des Umfangs oder die Beschränkung der Zahl der Anzeigen zu berücksichtigen. Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelche Vergütungen übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis zum 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Der Weg zur Macht und die Deutschnationalen

Eine Partei, die darauf verzichtet wolle, die Macht im Staate zu erringen, besäße keine Existenzberechtigung. Es ist selbstverständlich, daß eine jede Partei darnach strebt, die Macht zu erobern, und zwar möglichst für sich allein, und dann vom Standpunkt dieser Macht aus das Ganze möglichst nach ihrem Willen zu gestalten. Im parlamentarisch regierten Staat, in welchem eine jede Neuwahl das Machtverhältnis von Grund auf verändern kann, wird eine klug geleitete Partei auch dann, wenn sie in den Besitz der vollen Macht gelangen sollte, etwas vorsichtig mit ihren Experimenten sein, da das politische Leben eines Volkes einen gar zu schroffen und gar zu häufigen Wechsel der Regierungssysteme nicht erträgt. Immer wird eine gewisse Rücksicht auf die Minorität zu beobachten sein.

Wie weit diese Rücksicht zu gehen hat, darüber werden die Meinungen jeweils auseinandergehen. Schließlich wird auch die traditionelle Eigenart einer Partei bzw. die Eigenart ihrer programmatischen Ziele gewichtig mitsprechen. Daß Mittelparteien, also Parteien, die prinzipiell einen Ausgleich der Gegensätze bestrimmen, radikale Experimente vermeiden werden, ist klar. So wird man in Deutschland von dem Zentrum, von der Deutschen Volkspartei und den Demokraten wohl kaum eine allzu schroffe Ausnutzung der Macht erwarten dürfen.

Eine große Überraschung bedeutete es, als während der Revolution und in den Jahren unmittelbar nach der Revolution auch die Sozialdemokratie ihre Machtstellung keineswegs radikal für ihre besonderen Wünsche ausnutzte, sondern sich dem Zwang der Verhältnisse in vielen Fällen mit einer Bereitwilligkeit unterordnete, die man vorher gewiß nicht für möglich gehalten hätte. Daß diese Bereitwilligkeit vergleichsweise dennoch erheblich geringer war, als die der eigentlichen Mittelparteien, ist begreiflich. Die Tradition drängte die sozialdemokratische Partei eigentlich zu radikalen Handlungen, die staatspolitische Einsicht gebot indes in Mahhalten. Auch heute noch ist es so, daß die Sozialdemokratie durchaus nicht die Absicht hegt, dort, wo sie in den Mitbesitz der Macht gelangt, diese Position zu einer hundertprozentigen Erfüllung ihrer speziellen Parteiziele auszunutzen. Allerdings ist es nicht allein der freie Wille, der solche Bescheidenheit erzeugt, sondern noch mehr der Zwang der parteipolitischen Machtverhältnisse: die Sozialdemokratie würde von der Teilnahme an Regierungskoalitionen ausgeschlossen bleiben, sie würde mit der Segnerpartei aller anderen nichtsozialistischen Parteien zu rechnen haben, wenn sie sich auf eine einseitige Machtpolitik im Innern verlegte. Kernpunkt einer solchen Machtpolitik wäre natürlich die Sozialisierung. Denn sie ist ja die entscheidende Programmforderung der Partei, diejenige Forderung, die sie von allen anderen Parteien scharf unterscheidet.

Summarisch ist jedenfalls zu sagen, daß die Sozialdemokratie bisher staatspolitische Einsicht genug gezeigt hat, um den innerpolitischen Kampf um die Macht nicht bis zum Äußersten zu entfesseln. Anders steht es in dieser Beziehung mit den übrigen Parteien. Daß die Kommunisten und die Deutschnationalen, wenn sie jemals die Macht erringen sollten, das ganze Staatswesen von Grund aus umkrempeln würden, sagt sich jeder von selbst. Aber auch die Deutschnationalen als die getreuen Fortsetzer der alten, konservativen Tradition sind innerpolitisch, wie außenpolitisch ganz und gar auf das Ziel der Eroberung der Macht eingestellt. Machtpolitik um der Macht willen und Ausnutzung der Macht zum eigenen Besten! Das ist die alte Parole dieser Partei. Und auch der Reich muß es ihr lassen, daß sie von jeher die Reichsparole, nach denen man am zweckmäßigsten diese Parole vertritt, glänzend beherrscht. In ihren Reihen vertritt diese Partei über eine Menge von Männern, die von Jugend an das Kommandieren und Regieren gewohnt sind und die nötige Strupplosigkeit besitzen, um allenthalben, wo man sie hinstellt, mit dem ganzen Egoismus ihrer Partei aufzutreten. Da in Deutschland alles eine moralische Etikette tragen muß, wird dieser Parteiegoismus von ihnen als etwas Staatsnützliches bezeichnet, was rückwirkend auch den anderen Schichten zugute kommt. Geht es den Deutschnationalen gut, dann brauchen sich auch die übrigen Schichten nicht zu sorgen! Das ist die naive Doktrin dieser Partei.

Von der Industriearbeiterin in Baden

In früheren Zeiten war die Frau allgemein die Halterin des Hauses, die Erzieherin der Kinder, die Pflegerin und Erhalterin des Familienfinances. Mit der zunehmenden Industrialisierung, besonders in den Jahren nach 1870, wurde die Frau immer mehr und häufiger aus ihrer ursprünglichen Berufswelt im Hause und am Herd hinausgedrängt, und heute findet man letztere in vielen Berufen, die man durch Jahrhunderte und aber Jahrhunderte hindurch als nur für die männliche Kraft geeignet erachtet hatte. Interessantes Material hierüber hat erst vor kurzem die bekannte Abgeordnete Frau Siebert in Nr. 7 der Frauenrundschau vom 19. August d. J. veröffentlicht, worauf an dieser Stelle verwiesen werden muß. Es liegt auf der Hand, daß durch eine vielstündige Beschäftigung am Räderwerk der ratternden Maschinen in vielen Fällen nicht nur die Gesundheit, sondern auch die Psyche der Frau leidet; besonders groß werden diese körperlichen und geistigen Schädigungen durch die Fabrikarbeit dann, wenn die Frau, die zu Hause vielleicht eine große Anzahl kleiner Kinder zu versorgen hat, Tag für Tag und Woche für Woche einen längeren Weg von ihrem Wohnort zum Fabrikort zurücklegen muß. Wenn sie morgens das Haus verläßt, schlafen meistens die Kinder noch, und wenn sie abends von der Fabrikarbeit nach Hause zurückkehrt, liegen die Kinder in der Regel wieder zu Bett. Daß unter diesen Umständen Familien- und Heimatstille nicht in einem Umfang gedeihen kann, wie es als wünschenswert erachtet werden muß, ist nicht verwunderlich.

Die Genfer Völkerbundstagung

Schluss der Völkerbundversammlung
Die achte Völkerbundversammlung wurde Dienstag Mittag in Genf kurz nach 12.30 Uhr mit einer abschließenden Rede des Präsidenten der Völkerbundversammlung, Guani, geschlossen.

Man beschloß die Einberufung einer ersten Juristenkonferenz zur Kodifizierung des internationalen Rechtes, welche die drei Rechtsmaterien, Staatenlosigkeit, Bereich der Hoheitsgewässer und Hoheitspflicht des Staates für von Ausländern auf seinem Gebiete erlittene Schäden behandeln und 1929 im Haag abgehalten werden soll. Weiter genehmigte die Versammlung die Voranschläge des Budgetausschusses in bezug auf die Kredite, die für die Juristenkonferenz zur Verfügung gestellt werden sollen.

In seiner Schlussrede würdigte Präsident Guani die Arbeiten der achten Völkerbundversammlung. Er hob insbesondere in bezug auf die Arbeiten des Abrüstungsausschusses hervor, daß die erzielte Verfrüherung weit größere Tragweite habe als die Beschlüsse des Abrüstungsausschusses in früheren Jahren. Nunmehr könne man die Prüfung des Gesamtkomplexes der Grundfrage: Schiedsgericht, Sicherheit und Abrüstung, die Grundlagen eines organisierten Friedens sein müßten, aufnehmen. In einem Überblick über die Arbeiten, die der Völkerbund im Laufe des kommenden Jahres auf Grund der Beschlüsse der achten Völkerbundversammlung vorzunehmen hat und über die Ergebnisse der Weltwirtschaftskonferenz schloß der Präsident nach einem kurzen Verweis zu dem weiteren Erfolge der Arbeiten des Völkerbundes die Versammlung.

Die Abreise der deutschen Delegation
Die deutsche Delegation verläßt heute, Mittwoch Abend Genf und trifft am Donnerstag Nachmittag in Berlin ein. Reichsaussenminister Dr. Stresemann beabsichtigt, auch dann von Genf abzureisen, wenn der Rat heute noch eine Sitzung abhalten sollte.

Zu Meldungen, daß sich das Reichskabinett nach der Rückkehr des Reichsaussenministers mit den außenpolitischen Fragen, insbesondere auch mit der Kriegsschuldfrage beschäftigen wird, wird aus Berlin mitgeteilt, daß eine Kabinettsitzung anfangs nächster Woche angesetzt werden wird. Die Tagesordnung steht jedoch noch nicht fest. Jedenfalls werde der Reichsaussenminister einen Bericht über die Gesamtborgänge in Genf geben.

Der französische Außenminister Briand ist entgegen seinen ursprünglichen Dispositionen bereits am gestrigen Dienstag von Genf mit dem Mittagszuge nach Paris abgereist. Der Pariser „Matin“ meldet, in der gestrigen Besprechung zwischen Briand und Stresemann sei u. a. das von dem Blatt gebrachte Interview des deutschen Außenministers zur Kannerberg-Rede berührt worden. Stresemann habe dazu einige Erklärungen abgegeben, die Briand befriedigend gefunden hätte. Ferner sei über die Folgen des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen zwischen England und Rußland gesprochen worden, wobei sich Stresemann als Gegner jeder derartigen Politik gezeigt habe. Der „Matin“ hält es für nötig, mitzuteilen, daß sich die beiden Minister beim Abschied sehr freundschaftlich die Hand gedrückt hätten.

Empfang japanischer Parlamentarier beim Reichskanzler. Der Reichskanzler hat Dienstag vormittag in Berlin einige, sich zur Zeit auf einer Studienreise in Deutschland aufhaltende japanische Parlamentarier empfangen.

Die Veröffentlichung der Besoldungsvorlage. Zu der Frage, wann die Besoldungsvorlage veröffentlicht wird, wird aus Berlin mitgeteilt, daß der Reichsfinanzminister sich vom Reichsrat die Genehmigung zur früheren Veröffentlichung der Vorlage geben lassen will.

Deutscher Philologentag. In Göttingen haben die deutschen Philologen eine gutbesuchte Tagung abgehalten. Der preussische Kultusminister Dr. Becker setzte sich in seiner Begrüßungsansprache für das humanistische Gymnasium ein, zu dessen Schutze ein Reichsausschuß gebildet wurde.

Von der Industriearbeiterin in Baden

In früheren Zeiten war die Frau allgemein die Halterin des Hauses, die Erzieherin der Kinder, die Pflegerin und Erhalterin des Familienfinances. Mit der zunehmenden Industrialisierung, besonders in den Jahren nach 1870, wurde die Frau immer mehr und häufiger aus ihrer ursprünglichen Berufswelt im Hause und am Herd hinausgedrängt, und heute findet man letztere in vielen Berufen, die man durch Jahrhunderte und aber Jahrhunderte hindurch als nur für die männliche Kraft geeignet erachtet hatte. Interessantes Material hierüber hat erst vor kurzem die bekannte Abgeordnete Frau Siebert in Nr. 7 der Frauenrundschau vom 19. August d. J. veröffentlicht, worauf an dieser Stelle verwiesen werden muß. Es liegt auf der Hand, daß durch eine vielstündige Beschäftigung am Räderwerk der ratternden Maschinen in vielen Fällen nicht nur die Gesundheit, sondern auch die Psyche der Frau leidet; besonders groß werden diese körperlichen und geistigen Schädigungen durch die Fabrikarbeit dann, wenn die Frau, die zu Hause vielleicht eine große Anzahl kleiner Kinder zu versorgen hat, Tag für Tag und Woche für Woche einen längeren Weg von ihrem Wohnort zum Fabrikort zurücklegen muß. Wenn sie morgens das Haus verläßt, schlafen meistens die Kinder noch, und wenn sie abends von der Fabrikarbeit nach Hause zurückkehrt, liegen die Kinder in der Regel wieder zu Bett. Daß unter diesen Umständen Familien- und Heimatstille nicht in einem Umfang gedeihen kann, wie es als wünschenswert erachtet werden muß, ist nicht verwunderlich.

Wie groß ist nun die Zahl der Industriearbeiterinnen in unserem Land, und wieviel sind darunter, deren Arbeitsort außerhalb der Gemeinde ihres Wohnortes liegt, die also regelmäßig morgens und abends einen größeren Weg außerhalb ihrer Wohnkommune zurücklegen müssen, um zur Arbeitsstätte zu gelangen? Auf diese Frage gibt das soeben vom Badischen Statistischen Landesamt veröffentlichte Buch über „Gemeindefaktit“ (Badischer Kommunalverlag; Bezugspreis 4,50 RM für das gebundene Exemplar) zahlreich Aufschluß. Aus Seite 169 des erwähnten Buches geht hervor, daß bei der letzten Volkszählung im Jahr 1925 rund 80 000 in Baden wohnhafte Frauen ermittelte worden sind, die in gewerblichen Betrieben als Arbeiterinnen beschäftigt sind. Um Mißverständnisse zu vermeiden, sei bemerkt, daß diese Zahl nicht mit der früher veröffentlichten Zahl der in Baden beschäftigten Fabrikarbeiterinnen (98 188) übereinstimmt. Der Unterschied rührt daher, daß in letzterer Zahl auch die vielen Fabrikarbeiterinnen mitgezählt sind, die aus Württemberg, aus der Pfalz, aus Hessen, aus dem Elsaß, aus der Schweiz tagtäglich nach Baden kommen, um in den Pforzheimer, Mannheimer oder Lörracher Fabriken ihrem Verdienst nachzugehen.

Unter den 80 000 in Baden wohnhaften Fabrikarbeiterinnen befinden sich 19 735 (das sind rund ein Viertel aller Fabrikarbeiterinnen), die darauf angewiesen sind, außerhalb ihrer Wohnkommune Beschäftigung zu suchen. Diese 20 000 Mädchen und Frauen verteilen sich auf 871 Gemeinden, das sind rund 55 Proz. aller Gemeinden des badischen Landes. Darunter befinden sich allerdings 344 Gemeinden, in denen die Zahl der wandernden Arbeiterinnen 1, 2, höchstens 3 oder 4 beträgt; dafür gibt es aber nicht weniger als 42 Gemeinden, in denen die Zahl solcher Arbeiterinnen über 100, und 14 Gemeinden, in denen sie über 200 beträgt. Die Höchstzahl der zwischen Wohn- und Arbeitsort hin- und herwandernden Arbeiterinnen entfällt auf die 5 Gemeinden: Eutingen (400), Niefern (421), Kollnau (394), Büchenbronn (329) und Huchenfeld (304), in denen insgesamt 1908 auswärts arbeitende Arbeiterinnen wohnhaft sind. In der Gemeinde Huchenfeld (bei Pforzheim) sind rund 62 Proz., in Büchenbronn 52 Proz., in Niefern 40 Proz., in Eutingen 40 Proz. und in Kollnau 37 Proz. aller im Alter von 14—50 Jahren stehenden Personen weiblichen Geschlechts Tag für Tag und Woche für Woche von ihren Familien entfernt und kommen nur abends nach Hause, um am andern Tag in aller Frühe wieder das Haus und die Familie zu verlassen. Da in diesen Gemeinden neben den Frauen auch die Mehrzahl der Männer in Fabriken außerhalb ihrer Wohnkommune arbeitet, so besteht der größte Teil der Wohnbevölkerung dieser Gemeinden den Tag über nur aus Kindern und alten Leuten, die nicht mehr imstande sind, in die Fabrik zu gehen. Es ist klar, daß die Zahl der Fabrikarbeiterinnen überhaupt und darunter solcher, die außerhalb ihres Wohnortes in Fabriken arbeiten, um so größer ist, je mehr der Bezirk industrialisiert ist. Die größte Anziehungskraft für Fabrikarbeiterinnen besitzt die Goldstadt Pforzheim, wohin Tag für Tag rund 3700 Fabrikarbeiterinnen von Gemeinden außerhalb der Stadt Pforzheim wandern oder fahren; die vielen Hunderte und Tausende von Fabrikarbeiterinnen, die aus württembergischen Landgemeinden nach Pforzheim kommen, sind in dieser Zahl nicht mit inbegriffen. Im Bezirk Mannheim wohnen 1735, im Bezirk Heidelberg 1148, im Bezirk Lothar 1127 Arbeiterinnen, die täglich nach Mannheim, Heidelberg oder Lothar wandern. Auffallend groß ist auch die Zahl der täglich hin- und herwandernden Arbeiterinnen in den Bezirken Eutingen und Engen, deren Landgemeinden fast ganz der Industrie entbehren. Zu erwähnen wäre noch, daß die Bezirke Pfullendorf, Mühlheim, Staufen, Adelsheim und Wertheim den oben geschilderten Verkehrsverhältnissen so gut wie gar nicht kennen, weil die Entfernung zum nächsten Fabrikort zu groß und die Bahnverbindung zu schlecht ist.

Wegen weiterer Angaben über die Zahl der in den einzelnen Gemeinden unseres Landes wohnhaften Fabrikarbeiterinnen sei nochmals auf das vom Badischen Statistischen Landesamt herausgegebene Buch über „Gemeindefaktit“ (Preis 4,50 RM) verwiesen. Das in diesem Werk enthaltene Zahlenmaterial ist nicht nur für den Volkswirt oder Politiker, sondern auch für den Lehrer und für den Arzt, für jeden, dem Volksgesundheit und Volksarbeit am Herzen liegen, von außerordentlicher Bedeutung. Manche darin enthaltene

Nahlen reden eine deutliche und teilweise erusste Sprache. Sie erzählen nicht nur von den sozialen und technischen Fortschritten, die das 19. und 20. Jahrhundert gemacht hat, sondern auch von den Gefahren, die sich mit diesen Fortschritten einstellen, und denen rechtzeitig gesteuert werden muß.

Aus dem Völkerbundsrat

Der Völkerbundsrat hat Dienstag nachmittag nach fast zweistündiger Debatte die Frage der Exterritorialität auf Antrag des Reichsaussenministers Dr. Stresemann bis zum 3. Dezember vertagt und beschlossen, daß der Berichterstatter Billegas unter Zuziehung von zwei von ihm zu bezeichnenden Juristen die beiden grundlegenden juristischen Fragen (Zuständigkeit der freien Stadt Danzig zur Kontrolle der Sicherheitsvorschriften, die für den Transport und die Lagerung von Explosivstoffen vorgegeben sind, und Zuständigkeit des Senats der Stadt Danzig für die zollamtliche Kontrolle der ein- und ausgehenden Güter auf der Westplatte, nochmals eingehend prüfen und dem Rat für seine nächste Tagung einen neuen Bericht vorlegen soll. In der Debatte erklärte Reichsaussenminister Dr. Stresemann, daß er im Falle einer Abstimmung nicht für den vorliegenden Bericht stimmen könnte.

In längerer Aussprache behandelte der Rat dann den vom Reichsaussenminister Dr. Stresemann erstatteten Bericht über die Umbildung des ständigen Wirtschaftsausschusses des Völkerbundes, in dem auf Vorschlag des deutschen Mitgliedes auch die Vereinigten Staaten als 15. Mitglied vertreten sein sollen. Die Mitglieder des neuen beratenden Wirtschaftsausschusses zur Weiterentwicklung und Überwachung der Anwendung der Ergebnisse der Weltwirtschaftskonferenz sollen erst im Dezember nach Vorliegen der Regierungsvorschläge ernannt werden. Obwohl alle einzelnen Vorschläge des Berichts die grundsätzliche Zustimmung des Rates fanden, entspann sich eine längere Debatte, die fast ausschließlich der Ernennung und Auswahl der korrespondierenden Mitglieder des ständigen Wirtschaftsausschusses galt. Auf Wunsch Sejalosja soll eine gewisse Beschränkung der Zahl dieser korrespondierenden Mitglieder und ihrer Funktionen in dem Bericht deutlicher zum Ausdruck gebracht werden, weshalb die endgültige Annahme auf heute verschoben wurde.

Die Annahme des von Billegas erstatteten Berichts über die Entschleunigung der Versammlung zur Vorbereitung der Abrüstungskonferenz und zum Studium der Sicherheitsfrage wurde auf die abends beginnende Geheimnisdebatte verschoben. In der Geheimnisdebatte hat der Rat die Berichtsmaterialien auf seine Mitglieder neu verteilt, wobei Deutschland wiederum die Berichterstatterung über die Wirtschaftsfragen zugewiesen erhielt, während die Berichterstatterung über das Saargebiet einem italienischen Mitgliede und über Danzig einem dänischen Mitgliede zugewiesen wurde. Den drei neuen Mitgliedern Finnland, Kuba und Kanada wurde die Berichterstatterung über Finanz- bzw. Pressefragen und Kinbeschränkung übertragen. Außerdem beschloß der Rat, die Tschechoslowakei und Finnland zur Entsendung eines besonderen Kenners der Entwicklung der Sicherheitsfragen in den für diese Fragen zu bildenden Sonderausschuß aufzufordern.

Demokratischer Aufruf zum Hindenburgtag. Der Parteivorstand der Deutschen Demokratischen Partei erläßt einen Aufruf, in dem es heißt: Die deutschen Demokraten ehren den höchsten Repräsentanten der deutschen Nation, das erwählte Oberhaupt der deutschen Republik und zeigen an diesem Tage die Reichsfarben schwarz-rot-gold. Fahnen heraus! — Die deutschdemokratische Partei von Großberlin beteiligt sich am Sonntag an der Spalierbildung zu Ehren des Reichspräsidenten.

Antrag auf Auflösung des braunschweigischen Landtages. Dem braunschweigischen Landtag, dessen Wahlzeit mit dem 6. Dezember abläuft, ist ein Antrag der Wirtschaftsgruppe zugegangen, den Landtag am 5. November aufzulösen und die Neuwahlen am 6. November stattfinden zu lassen. Der Antrag steht auf der Tagesordnung der nächsten, am morgigen Donnerstag stattfindenden Sitzung. Nach der Verlesung kann der braunschweigische Landtag jederzeit vor Ablauf seiner Wahlzeit selbst seine Auflösung beschließen. Am Montag war im Rechtsausschuß des Landtages ein gleicher Antrag abgelehnt worden.

Die zollfreie Einfuhr von Gefrierfleisch. Die neue Verordnung über die zollfreie Einfuhr von Gefrierfleisch ist jetzt im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht worden. Danach wird der künftigen Kontingentverteilung der Umsatzen des ersten Vierteljahres 1927 zugrunde gelegt werden. Ferner soll die Verordnung den Handel mit Kontingenten unterbinden und verhindern daß durch eine Vermischung bezollten Gefrierfleisches mit zollfreiem Gefrierfleisch Preissteigerungen eintreten. Der Reichsernährungsminister wird außerdem die Gemeinden veranlassen, die Preisobergrenze der Kontingente in einer schärferen Kontrolle als bisher zu unterwerfen und dabei geeignete Sachleute zu beteiligen.

Berliner Theaterbrief

Von Hanns Martin Ester

Wenn es noch eines Beweises bedürfte, daß das Theater im Zeitpunkt seiner Krise angelangt ist und sich selbst zu zerstören droht, weil die Führer ihm mangeln, so hat die Berliner Sommerspielzeit ihn gebracht. Es hatte den Anschein, als wollten Spielplan und Spiel sich an Qualitätslosigkeit, Abntheit, Geillosigkeit in gegenseitigem Wettbewerb noch überbieten. Für den Spielplan war entweder der Reiz oder die körperliche Erotik Trumpf; infolgedessen waren alle ausländischen Autoren, die für diese Art einen Publikumsnamen laden, vertreten. Manche Bühnen „retteten“ sich und das heißt nichts weiter als ihre Kasse, sofort in die Reue. Man frage mich aber nur nicht welche Reue! Es ist einfach unerfindlich, wie zum Beispiel namhafte Kritiker in großen Zeitungen Friedrich Hollaenders Reue „Das bist Du“ loben konnten. Man muß fast den Verdacht aussprechen, daß sie dem Komponisten und den armen Schauspielern nicht das Sommergeschäft verderben wollten. Erstens war diese Reue, für deren Text, Musik, Regie Fr. Hollaender im Theater am Kurfürstendamm zugleich verantwortlich zeichnete, gar keine Reue, sondern einfach ein auf die Bühne gebrachtes Kabarett, ein halbes Varieté. Infolgedessen waren auch die Kabarettisten wie Blaudine Ebinger und Kurt Westermann vertreten, beide noch mit einem Hauch von besserem Können einfügiger Glanzzeit, während die übrigen Mitwirkenden zur dritten Garnitur rechneten. In bunter Mischung wurden Tiergerien, Bilder aus dem dunkelsten Berlin, Verpötnungen Rotisbams oder alter Gefangsmelodien, Spießerforten oder Satiren auf den übertriebenen Körpersport u. a. m. geboten, mit schwachen Texten, noch schwächerer Musik. Und trotzdem hat sich das Publikum wie besessen, „wieherte“ es vor Vergnügen und füllte zwei Monate lang das Theater. Man kam aus dem Staunen über die Anpruchslosigkeit des Publikums nicht heraus.

Freilich, wo soll es wieder Ansprüche zeigen können? Als ich vor einiger Zeit auswärtsigen Besuch durch Berlins Theater führen wollte, war es uns nicht möglich, auch nur

Politische Neuigkeiten

Die Anschlußstimmung in Oesterreich

Der Pariser „Excelsior“ veröffentlicht eine Zuschrift aus Wien, in der sich folgende Stelle befindet, die die Anschlußfrage betrifft: Ohne Zweifel atmet ein Franzose in Oesterreich etwas freier als in Deutschland. Aber nur unter der Bedingung, daß er nicht Zeitungen liest, denn sonst bemerkt er, daß auch die Oesterreicher sozusagen unabhängig sich nicht enthalten können, jedesmal, wenn es sich um eine internationale Frage handelt, Überlegungen anzustellen, als ob sie schon politisch mit Deutschland vereinigt wären. Ihr Standpunkt ist Deutschlands Standpunkt. Sprechen sie von der Rheinlandsbefehung, dann sprechen sie allerdings nicht mit jenem Haß, den die Preußen zeigen und wie er aus verletzter Eigenliebe zu erklären ist. Aber sie sind wegen der wirtschaftlichen Rückwirkungen der Befehung ebenso beunruhigt. Deutschland muß begahnen, die Oesterreicher tun so, als ob sie selbst begahnen müßten. In ihrem Geiste ist der Anschluß an Deutschland schon so gut wie vollzogen.

Die Strafrechtsreform

Im Reichstagsausschuß für die Strafrechtsreform wurde am Dienstag § 7 des Entwurfes erledigt. Von deutsch-nationaler Seite wurde beantragt, die im Ausland begangenen Verbrechen nur dann unter Strafe zu stellen, wenn sie sich gegen das Rechtsgut eines Deutschen richteten. — In der Abstimmung wurde der deutsch-nationale Antrag angenommen.

Es folgte die Beratung des § 8, der Ort und Zeit der Tat behandelt. § 8 Abs. 2 stellt klar, daß es ausschließlich darauf ankommt, wann der Täter gehandelt hat oder, wenn ein Unterlassungsbefehl in Frage steht, wann er hätte handeln müssen. Wann der zum Tatbestand gehörige Erfolg eintritt, soll nicht maßgebend sein. Nach längerer Aussprache wurde § 8 in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen.

Der zur Beratung des Strafrechtentwurfes eingesetzte Sonderausschuß des österreichischen Nationalrates hielt am Dienstag seine erste Sitzung ab. Man entschied sich, zunächst eine Generaldebatte abzuhalten und sodann in die Spezialdebatte einzutreten, die in zwei Lesungen erfolgen soll.

Die Anmeldung von Aufwertungsansprüchen

Ämlich wird mitgeteilt: Nach § 16 des Aufwertungsgesetzes findet die Aufwertung auf Grund des Vorbehalts der Rechte oder kraft Rückwirkung nur statt, wenn der Gläubiger den Anspruch auf Aufwertung bis zum 1. Januar 1926 bei der Aufwertungsstelle anmeldet. Bei unerschuldeter Veräumung dieser Anmeldung gefattet das Ergänzungsgesetz vom 9. Juli d. J. für die Aufwertung der persönlichen Forderung die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, „wenn der Gläubiger die Anmeldung der Forderung bis zum 1. Oktober 1927 nachholt“. Vor kurzem hat ein Senat des Kammergerichts entschieden, daß, wenn die Anmeldung nicht gänzlich unterblieben, sondern nur verspätet, d. h. nach dem 1. Januar 1926 bewirkt sei, es einer Wiederholung der Anmeldung nicht bedarf. Das Schrifttum steht, soweit bekannt, auf einem anderen Standpunkt. Wie die übrigen Gerichte und namentlich auch das Kammergericht entscheiden werden, steht dahin. Bei dieser Sachlage werden die Beteiligten zu prüfen haben, ob es zur Vermeidung von Rechtsverlusten nicht vorzuziehen ist, unter dem alten Recht verspätet bewirkte Anmeldungen rechtzeitig, also bis zum 1. Oktober 1927, zu wiederholen.

Die Auswanderung im ersten Halbjahr 1927

82 444 Deutsche sind im ersten Halbjahr 1927 wieder nach überseeischen Ländern ausgewandert. Verglichen mit dem ersten Halbjahr 1926 hat die Zahl der Auswanderer jedoch um 1800 abgenommen. Nur in Bremen, Baden und Württemberg ist die Auswandererzahl noch etwas gestiegen. Außer den deutschen Auswanderern sind noch 15 782 Ausländer über deutsche Häfen ausgewandert, so daß die Gesamtzahl der Auswanderer rund 47 000 beträgt. Von ihnen benutzten 36 746 die dritte, 9695 die erste und zweite Schiffsklasse, 618 die Mittelklasse. Aber Bremen sind 24 880 Personen, über Hamburg 22 679 Personen ausgewandert.

Die Trauerfeier für Frhrn. von Maltan. Dienstag mittag 1 Uhr fand im Schloß Groß-Ludow in Mecklenburg die Trauerfeier für den Volkshater Freiherrn von Maltan statt. Der Reichspräsident hatte einen prächtigen Kranz aus weißen Rosen und weißen Lilien am Sarge des Verstorbenen niederlegen lassen. Auch Präsident Coolidge u. a. hatten kostbare Kranzspenden niederlegen lassen. Die Beisetzung erfolgte im Park von Groß-Ludow. Auch in der deutschen Botschaft in Washington fand am Dienstag eine Trauer- und Gedächtnisfeier statt.

eine anständige Aufführung, ein annehmbares Stück aufzuführen. Und wir verzichteten ohne weiteres. Man gönnt ja den Theaterdirektoren, den Schauspielern, den Regisseuren ihre Sommererholung. Aber ist es nötig, die Bühnenhäuser dann sofort Internernern zu überantworten, die ohne das geringste Verantwortungsgefühl, daß eine Reichshauptstadt schließlich auch im Sommer Pflichten gegen die saubere Repräsentation von Drama und Theater hat, nur ihren wüsten Geschäftsinstinkten nachjagen? Der Fremdenverkehr hat sich nämlich in Berlin während dieses Sommers erfreulich gehoben; auch das Ausland, insbesondere Amerika, stellt wieder ein beträchtliches Kontingent Besucher. Ihnen zeigt man ein Theater-Berlin, das den Deutschen die Schamröde ins Gesicht treibt. Ist das nötig? Können die Besucher, die dieses Sommertheater sehen, darum glauben, daß in Deutschland noch ehrlich um neue Dramatik, neue Schauspielkunst gerungen wird? Gewiß nicht. Denn der Beifall des anwesenden Publikums belehrt sie ja auch keines Besseren. Dies Publikum, an dessen Erziehung allerdings vor allem die Theaterkritik zu arbeiten hätte — wir haben in Berlin freilich keine ernstzunehmende Theaterkritik mehr — hat sich gerade dem Reiz, dem Reiz, der inneren Leere, der Abntheit Beifall und kann Schies vom Unrechten nicht mehr unterscheiden.

Wäre es sonst möglich, daß das Sensationsstück „Der Heger“ von Wallace im Deutschen Theater nun schon 100 mal Abend für Abend ein volles Haus hat. Das Rätselraten um den Heger wird natürlich noch durch einen besonderen Trick der Direktoren, die Preise für die richtige Lösung aussetzt, zum Heranlocken der Bilettkäufer ausgebeutet. Wäre es sonst möglich, daß anscheinend der genialste Dramatiker der Gegenwart „Louis Verneuil“ ist, denn fast jede Bühne brachte eine seiner unerträglichen Schwänke heraus. Im Renaissance-Theater mußten wir „Dr. Volbec und sein Gatte“ über uns ergehen lassen; aus dem guten Thema: eine berufstätige Frau, die in ihren Rechtsanwaltsgeheften aufsteht, hat einen Nichtstuer zum Mann, der nach sieben Jahre Ehe renolziert und auch einmal eine Frau haben will, weswegen Frau Volbec zum gitzenden Weibchen wird — aus dem zeitgemäßen Thema ist vom Autor gar nichts gemacht, obwohl er

Die Änderungen des Winterfahrplanes 1927/28

Seitdem die Gültigkeitsdauer des Winterfahrplanes erweitert ist, häufen sich die für den Zugdienst nötigen Änderungen an. In den Kurzbuchveröffentlichungen wird seit Wochen mit Spannung aller Kräfte und mit Nachsicht gearbeitet, um die Fülle des Stoffes zu bewältigen.

Der in den dunklen Jahreszeiten sich vielfach abweichend vom Sommer gestaltende Berufs- und Geschäftsverkehr, der wachsende Wintersport- und Winterverkehr, der zeitiger als früher beginnende Vorkaufbesuch der unter den gewandten klimatischen Verhältnissen schon im März einsetzt, veranlassen eine möglichst charakteristische, den Verkehrsbedürfnissen sich weitgehend anschmiegende Fahrplanbildung. Daher bringt der neue Reichsbahnfahrplan, der am 2. Oktober in Kraft tritt, Tausende von Änderungen aller Art, darunter eingreifende Verschiebungen in den Fahrzeiten vielbenutzter Züge. Für den wintertlichen Reiseverkehr sind in den Hauptgebieten des Sportbetriebes entsprechende Züge vorgesehen. Überhaupt ist der Zugdienst gegenüber dem der vorigen Winterperiode wesentlich reicher ausgestattet; auch die Fern-D-Züge sind, mit einzelnen Einschränkungen, für die lange fast achtmontatige Fahrplanzzeit vorgesehen worden. Die Änderungen im einzelnen wird man aus dem übersichtlichen Sturm-Kurzbuch leicht erfassen. Alle Sturm-Ausgaben, namentlich Sturm-Kurzbuch für das ganze Reich, erscheinen rechtzeitig vor dem Fahrplanwechsel.

Unter den im allgemeinen Verkehr wichtigen Neuerungen ist die fortgesetzte Beschleunigung der D-Züge bemerkenswert, der leider die der etwas vernachlässigten EP-Züge noch nicht gefolgt ist. So konnte auf der Strecke Berlin—Halle bei einigen D-Zügen die Reisedauer nochmals gekürzt werden. Der dreifache Schnellzug D 33 Stuttgart—Berlin wird nun im Winterfahrplan den Abschnitt Halle—Berlin mit rund 80 Kilometer durchschnittlicher Geschwindigkeit zurücklegen, womit er seinen in Süd- und Mitteldeutschland noch nicht eilungemäßen Lauf auf der Reststrecke einigermaßen rühmlich beschließt. Noch um 10 Minuten schneller als dieser wird der zweifache Fern-D-Zug 79 München—Berlin die genannte Strecke durchfahren und eine Reise-geschwindigkeit von 86 Kilometer erzielen. Dieser Fern-D-Zug wird damit ab 2. Oktober die höchste Durchschnittsgeschwindigkeit auf einem größeren Streckenabschnitt in Deutschland entfalten und eine Fahrgeschwindigkeit von 90 bis 100 Kilometer entwickeln. Zwischen 80 und 84 Kilometer leisten die Fern-D-Züge der Strecken Berlin—Hannover, Berlin—Hamburg und Berlin—Leipzig.

In allen Sturm-Kurzbüchern befindet sich ein besonderer Abschnitt „Fernverbindungen“, aus dem diese Angaben entnommen sind.

Abgesehen von der Schnellzugdienst von Berlin und Hamburg nach Südwestdeutschland und der Schweiz dadurch, daß Parallelzüge beibehalten oder neu geschaffen sind, wesentlich verbessert. Im Zusammenhang damit sind auch die Beziehungen mit direkten Wagen erweitert worden.

Kurze Nachrichten

Vorschläge für die Kriegsbeschädigten. Der Reichstagsausschuß für Kriegsbeschädigtenfragen beschloß, auch den Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen Vorschläge zu zahlen. Der Vorschlag beträgt bei den Beschädigten monatlich etwa 26 Proz. der bisherigen Rente. Als Jahrlage kommt wohl der 27. Oktober in Frage.

Die thüringische Regierung für die Gemeinschaftsschule. Im thüringischen Landtag gab Minister Dr. Kuntzler namens der Regierung die Erklärung ab, daß die jetzige Regierung an dem Standpunkt der früheren Landesregierung festhalte, die für die Aufrechterhaltung der thüringischen Gemeinschaftsschule für Kinder aller Bekenntnisse, aber mit christlichem Grundcharakter eintrat.

Zur Preußenanleihe. Die 30-Millionen-Dollaranleihe des Landes Preußen ist noch nicht aufgelegt. Wie aus Berlin mitgeteilt wird, soll der Grund der Verschiebung der Auflegung darin zu suchen sein, daß das Washingtoner Staatsdepartement noch nicht im Besitz der Unterlagen über Zweck und Ausmaß der Anleihe ist. Jrgend ein Grund zur Beunruhigung scheint nicht vorhanden zu sein.

Verbot der kommunistischen Demonstration in Berlin. Der Polizeipräsident von Berlin hat die von der kommunistischen Partei Deutschlands, dem Roten Frontkämpferbund und diesen nahestehenden Organisationen für Sonntag, den 2. Oktober geplante „Massendemonstration gegen den Hindenburgaufmarsch des Bürgerblodes“ verboten.

Die Vereinstilgung des Berliner Verkehrs. Wie aus Berlin gemeldet wird, ist die Verkehrsvereinstilgung der Stadtbahn mit den Berliner städtischen Gesellschaften infolgedessen zustande gekommen, als vom 1. Januar ab Umsteigearten bei der Eisenbahn eingeführt werden, die für eine Weiterfahrt auf der Straßenbahn, der Hochbahn oder einer Linie der Autobusgesellschaft Gültigkeit haben.

sich Georges Berr noch zur Hilfe herangezogen hat. Ebenso wenig kann Verneuil im Künstlertheater mit „Du wirst mich heiraten“ fesseln; ein altes Thema wird mit heutigen Requisiten aufgeführt; die verlassene Geliebte gelangt durch einen Autounfall ins Haus der Eltern ihres treulosen Geliebten, sie gewinnt die nichtsahnenden Eltern für sich und zwingt dadurch den Treulosen zur Ehe; Carola Tolle und Johannes Niemann wurden durch reizendes Spiel das Herz des Publikums zu gewinnen. Neben Verneuil darf natürlich der alte Henry Bernstein nicht fehlen; das Lesingtheater setzte uns einen verführten Schmarren vor; „Israel“, jenen klugen Bankier mit der zerkaufsten Seele, jenen strupelosen smarten Geschäftsmann mit blutendem Herzen, Herrschaften — das geht doch wirklich über den Fortgang der Zeit, selbst wenn man ihn schon so niedrig wie möglich ansetzt. Schämt sich Reinhard Brud gar nicht, solch dummes Stück zu inszenieren? Aber weiter; er braucht sich nicht zu schämen, nebenan spielt man ja „Die weiße Pracht“ oder „Die Eruuchenbraut“ oder „Die Menschenjagd“ — Stücke, die von solcher Gemeinheit und abgründigen Unsauberkeit sind, daß man gar nicht von ihnen sprechen kann. Oder man halt abermals Franz Molnar heran und läßt sich einen Verbrecher als Kaballer und einen Abbotaten als Verbrecher nach ildlichem Reicherthema „Der Herr Verteidiger“ im Zentraltheater neu auffrisieren, obwohl das Stück vor zwei Jahrzehnten schon ein alberner Charginritt war.

Man glaube nun aber nicht, daß die im Sommer gespielten deutschen Autoren mit ihren Stücken bessere Arbeit leisteten. Die Volksbühne mit einer Erneuerung Restroys „In ebener Erde und erster Stock“ — die Anekdoten vom Reichen, der arm, vom Armen, der reich wird, von Leo Neuf geschickt bearbeitet — und das Theaterleben in der Kosterstraße mit einer Ausgrabung des Weibsteufels von Karl Schönberr, von dem niemand weiß, warum und wie er Mitglied der preußischen Dichteralademie wurde, hielten sich wenigstens noch in erträglichen Höfen. Aber was sagt man zu der Komödie „Lili Grün“ von Emmerich Hölbes, einem nach Berlin zugewanderten Ungarn, in der Komödie? Eine Schachgeschichte: Lili Grün wird, gegen ihren Willen, an einen

Das Reichsschulgesetz vor dem Reichsrat. Der zuständige Ausschuss des Reichsrats wird sich wie der demokratische Bildungsdienst mitteilt, zum ersten Male am 8. Oktober mit dem Reichsschulgesetzentwurf und dem preuß. Abänderungsantrag beschäftigen. Die Verichterstattung hat der preußische Ministerialdirektor Reiner übernommen. Die Ländervertreter haben zugesagt, bis zu diesem Termin Instruktionen ihrer Regierungen zu den preußischen Abänderungen einzuholen.

Die Berliner Straßenbahner vor dem Streik. Von 11 858 zur Abstimmung erschienenen Straßenbahner haben in Berlin 11 178 für Niederlegung der Arbeit gestimmt. Die Zweidrittelmehrheit ist also bei weitem überschritten. Donnerstagabend werden die Funktionäre zusammengetreten, um über den Zeitpunkt des Streikbeginns zu beraten. Wenn nicht noch in letzter Minute Zugeständnisse gemacht werden, erscheint der Streik unvermeidlich.

Vor einem neuen Kampf in der englischen Kohlenindustrie? Der Londoner Wätern zufolge erklärte der Sekretär des Bergarbeiterverbandes, Cool, die Bezirksorganisationen der Bergleute hätten sich übereinstimmend dahin ausgesprochen, daß die gegenwärtigen Vereinbarungen mit den Grubenbesitzern nicht verlängert werden sollten. Im nächsten Monat werde die Angelegenheit vor den Vollzugsausschuss kommen.

Die russisch-polnischen Nichtangriffsverhandlungen. Das polnische Außenministerium teilt mit, daß die letzten Besprechungen zwischen Tschitscherin und dem polnischen Gesandten in Moskau zur Übereinstimmung in den einzelnen Punkten des Nichtangriffspaktes geführt hätten. Im Laufe der Besprechungen sei auch ein Verzeichnis der Punkte, in denen keine Übereinstimmung erzielt wurde, aufgestellt worden.

Badischer Teil

Zur Bildung der Landesarbeitsamtsbezirke

Vor einigen Tagen hat sich der Verwaltungsausschuss des Badischen Landesamts für Arbeitsvermittlung ebenfalls mit der in der Presse bereits mehrfach erörterten Bildung der Landesarbeitsamtsbezirke beschäftigt. Er stimmte nach längerer Aussprache der Bildung eines Landesarbeitsamtsbezirks, bestehend aus den Bezirken Baden, Württemberg, Pfalz und Hohenzollern-Sigmaringen zu. Maßgebend waren für seine Entscheidung die Zweckmäßigkeitsgründe. Sie würden verlassen werden, wenn einer der vier Bezirke, insbesondere die Pfalz, in den neu zu bildenden Bezirk nicht einbezogen würde. Über die grundsätzliche Frage der Zusammenlegung von Württemberg, Baden, Pfalz und Hohenzollern-Sigmaringen waren sich Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Gemeindevertreter einig.

Freigabe der Schnellzüge für Sonntagsfahrarten

Vom Samstag, den 1. Oktober 1927 an werden für die Dauer des Winterfahrplanschnitts bei den Reichsbahndirektion Karlsruhe, ebenso wie bei den übrigen süddeutschen Reichsbahndirektionen, außer sämtlichen Eil- und beschleunigten Personenzügen auch sämtliche Schnellzüge, mit Ausnahme der FD-Züge, für Sonntagsrucksackfahrarten freigegeben. Bei Benutzung von Schnellzügen ist in jedem Fall der volle Schnellzugzuschlag zu entrichten.

Besichtigung des Redarkanal

Nächsten Montag, den 8. Oktober, wird auf Einladung der Redarbau-A.-G. eine Besichtigung der Kanalbauanlagen erfolgen. Die Einladung ist an sämtliche Gemeindevertretungen von Mannheim, die am Redar liegenden Ortschaften und Heidelberg ergangen. Um 1/2 11 Uhr wird das Schiff in Mannheim abgehen und unterwegs die sich anschließenden Gemeindevertretungen aufnehmen.

Obstverkaufstage

Die Badische Landwirtschaftskammer veranstaltet im Laufe des Monats Oktober in den größeren Städten Badens, in Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe und Forthheim erstmals wieder sogenannte Obstverkaufstage. Diese Veranstaltungen erfreuten sich in früheren Jahren allgemeiner Beliebtheit. Sie bieten einerseits dem Landwirt die Möglichkeit, schönes und gut behandeltes Winterobst an den Mann zu bringen, andererseits ist dem Städter Gelegenheit gegeben, den Bedarf an gutem, haltbarem Tafel- und Wirtschaftsobst direkt vom Obstbauer zu beziehen. Den Anlieferern ist gute Behandlung des Obstes und reelle Sortierung desselben zur Pflicht gemacht. Es ist jedermann Gelegenheit gegeben, aus der Fülle der zum Markt gebrachten Ablieferungen seine Auswahl ganz nach Belieben zu treffen. — Die Tage der Obstverkäufe in den einzelnen Städten werden demnächst noch besonders bekannt gegeben.

Audireisenden vermittelt und erkennt schließlich in dem mit Sträuben angenommenen Mann doch ihren wahren Liebeserfüller. Oder wie gefällt euch Felix Fishers „Café Electric“ im Lustspielhaus? Eine doppelt deutliche Dimentragodie eines Herrn aus Wien mit Wiener Milieu. Und wie schmeckt schließlich Franz Soltis „Menschenjagd“ im Zentraltheater? Eine Mischung aus Dimentum, Mord, Raub, Tred in Schiffer- und Genbarmentwelten mit fürchterlich banalen Sentenzen. Es geht eben nur noch, wenn im Schmutz gewühlt wird. Das ließ sich natürlich das Kleine Theater auch nicht zweimal sagen: nach Pariser Muster, — ein anderes wird hier nicht anerkannt — machte es ein „Grand Guignol“ auf, eine Bühne des Grauens, die sich dann aber sehr sanft anließ. Der erste Einakter war von Friedrich Kahlert und schildert „Den Befehl“ eines Hypnotiseurs an einen Chemiker zum Mord an seiner Frau; der zweite Einakter „Wer?“ von André de Lorde und Georg Montignac bringt einen verstorbenen Mörder unter den Druck des Alkohols in der Untersuchungshaft zum Reden; der dritte Einakter „Der rote Strich“ von Armin Friedmann schildert die Liebe eines Autorentid, vom Zuschauertraum mit Protest unterbrochen, so daß der Sittlichkeitsratentäter herausgeworfen wird. Das Publikum regt sich fabelhaft bei der traurigen Farce auf. . . .

Soll ich noch mehr von Berlins Sommertheatern erzählen? Ich glaube, man weiß nun Bescheid. Was sich in dem Kino- und in den Magazinen und in den Berichtsfälen breit macht, das hat mit Theater nichts mehr zu tun. Eines Tages wird ja auch diese Art, auf die schlechten Instinkte um des Geldes willen zu spekulieren, versagen, und dann bekommen wir vielleicht wieder ein besseres Berliner Sommertheater. Für die Winterpielzeit scheint man ja bereits Einsicht zu spüren. Die Ankündigungen der einzelnen Direktoren versprechen in der Tat einen besseren Spielplan als im vergangenen Winter: weniger Ausländer, wieder Klassiker, dazu mehr deutsche Aufführungen. Warten wir's ab. Versprechungen der Theater sind noch längst nicht Wirklichkeiten. —

Der Verband der weiblichen Handels- und Bureauangestellten

(BWA) hielt vom 10.—12. September 1927 in Stuttgart seine Hauptversammlung ab. Zahlreiche Vertreter von Behörden, von Berufs-, Standes-, Weltanschauungsvereinigungen hatten sich zur Begrüßung eingefunden. Es waren u. a. vertreten das Reichsarbeitsministerium, die Reichsarbeitsverwaltung, die württemberg. Ministerien, die Stuttgarter Stadtverwaltung, die Reichsversicherung für Angestellte, das Internationale Arbeitsamt in Genf, der Württg. Städtetog, der Württg. Industrie- und Handelstag, der Deutsche Gewerkschaftsbund und innerhalb seiner die Arbeiter- und Angestelltengruppen. Ferner der Bund Deutscher Frauenvereine, die Konfessionellen Frauenverbände, die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Frauenberufsverbände.

Den Arbeitsbericht erstattete die erste Vorsitzende des BWA Frau Katharina Müller. Trotz der großen Wirtschaftskrise von 1925/26 hat sich der Mitgliederstand von 1924 (67 547) annähernd halten lassen. Das Jahr 1927 brachte einen Anstieg auf 70 033 Mitglieder. Die große Stellenlosigkeit der letzten Jahre, die z. B. im April 1926 10 Proz. der Mitglieder erfasste, führte zur starken Inanspruchnahme der verbandlichen Stellenlosen-Unterstützung. 1926 nahm diese einen Umfang von 174 175 M insgesamt an. Die Arbeitsvermittlung des Verbandes, sein Rechtsschutz, seine Arbeiten auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet, seine Versicherungseinrichtungen — neu entstanden ist eine vorbildliche Versicherung gegen Alter und Arbeitsunfähigkeit —, sein Bildungswesen, seine Jugendarbeit, seine Arbeit im öffentlichen Dienst, alles das hatte ausgesprochene Erfolge zu verzeichnen. Das wichtigste Ergebnis der geschlossenen Nachmittagsverhandlungen war die **Wiederwahl des Hauptvorstandes und Hauptauschusses**, die Schaffung einer Altershilfe für Stellenlose und die einstimmige Annahme dreier **Entscheidungen**. Die erste bezieht sich auf das Arbeitszeitgesetz, fordert die baldige Einbringung der 48-Stundenwoche, eine enge Begrenzung der Überarbeit, die Beseitigung des Begriffes Arbeitsbereitschaft für die offenen Verkaufsgeschäfte und vor allem die völlige Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. Die zweite Entscheidung erstrebt den Ausbau der Angestelltenversicherung, insbesondere die Herabsetzung der Altersgrenze auf 60 Jahre, die Befreiung der unterschiedlichen Wartezeit für die Pflicht- u. freiwillig Versicherten und schließlich die Prüfung der Frage nach Erhöhung der Zeigerentgelte und Ausgestaltung des Heilverfahrens. Die dritte Entscheidung fordert die Berufung einer genügenden Anzahl von Frauen in die neu zu bildenden Ausschüsse der Arbeits- und Landesarbeitsämter.

Der Montag brachte zwei Vorträge zum Thema „Frau und Arbeit“. Frau Dr. Eise Schilfarth, München, behandelte in ihrer „Psychologie der berufstätigen Frau“ die genannte Frage in einer vollständig warmen, von tiefem Menschentum getragenen Weise. Der zweite Vortrag: „Arbeitsmethoden, ihre Wirkungen für die Frau in Industrie und Handel“ von Frau Frida Dabritz, Frankfurt a. M., schnitt die mehr technischen, noch absolut ungeklärten Fragen der Verwendung von Büromaschinen und deren Auswirkungen auf Gesundheit und Psyche der weiblichen Angestellten an. Eine interessante Aussprache gerade auch über dieses Thema, über die Erfahrungen, die in der Kürze der Zeit bisher im Reich gesammelt werden konnten, beschloß die Tagung.

Aus den Parteien

Die Süddeutsche Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Volkspartei, die die Wahlkreise Baden, Hessen, Hessen-Nassau, Pfalz und Württemberg umfaßt, ist in Mannheim zusammengetreten, um zu dem Entwurf für ein Reichsschulgesetz Stellung zu nehmen. Von der Reichstagsfraktion nahmen die Abg. Weder, Hesse, Vides und Seibert teil; aus Württemberg waren auch die Abg. Hartmann und Rath erschienen. Über den Entwurf zum Reichsschulgesetz sprach der badische Landtagsabg. Oskier, Freiburg, unter lebhaftem Beifall. Einmütig wurde eine **Entscheidung** angenommen, die verlangt, daß 1. im Reichsschulgesetz die in der Reichsverfassung gewährlichste Vorzugsstellung der Gemeindefachschule vor den beiden anderen Schularten festgelegt wird, 2. daß in allen anderen Ländern, in denen eine nach Belieben nicht getrennte Schule besteht, diese Schule unbedingt erhalten bleibt; 3. daß in allen Schulgesetzungen die Staatshoheit durch unzweifelhafte Bestimmungen festgelegt wird.

Wie das „B. L.“ meldet, lehrt Dr. Wirth heute, Mittwoch, aus Lugano, wo er zur Erholung weilt, nach Deutschland zurück. Er hat für kommenden Donnerstag an einen Kreis von Freunden im Zentrumslager Einladungen zu einer Besprechung nach Heidelberg ergangen lassen, an der, wie verlautet, auch der Zentrumslagerleiter Joss und Dr. Dettmer teilnehmen werden. Es sei damit zu rechnen, daß nach der Heidelberg Konferenz die Veröffentlichung des Memorandums, das Dr. Wirth der badischen Zentrumsparteileitung überreichte, sowie die Antwort der badischen Zentrumsinstanzen vom letzten Sonntag und vermutlich auch die Replik wird dazu erfolgen können.

Erleichterte Einreise nach Elsaß-Lothringen über Allerheiligen

Wie in den Vorjahren ist auch in diesem Jahre eine erleichterte Einreise nach Elsaß-Lothringen zum Gräberbesuch an Allerheiligen in Aussicht genommen. Wie das Ministerium des Innern dem Badischen Verkehrsverband auf Anfrage mitteilt, sollen von den Grenzübergangsstellen aus diesmal voraussichtlich Ausnahmezertifikate auf vier Tage zu einer wesentlich herabgesetzten Visumgebühr von 2,50 M ausgestellt werden. Nähere Anordnungen über die Regelung dieser Einreise während der ersten Novembertage werden von den maßgebenden Regierungsstellen im Einverständnis mit der französischen Regierung noch getroffen.

Hochwasser

Die Mannheim, 28. September. Die Regenfälle der letzten Tage haben ein erhebliches Ansteigen des Ober- und Unter- rheins zur Folge gehabt. In Mannheim ist der Wasserstand von Rhein und Neckar mehr als drei Meter über normal. Die Rheinflusssysteme am Waldpark bei Mannheim sind zum großen Teil überschwemmt. Zahlreiche Uferwege sind gesperrt. Von den Ruhebänken ragen nur noch die Rüdlehnen aus dem Wasser hervor. Der ebenfalls stark gestiegene Neckar hat Vorland und Wiesen überschwemmt. Der Wasserstand des Rheines bei Mannheim betrug um 1/2 11 Uhr heute früh 6,37 m, der des Neckars 6,36 m.

In Mainz zeigte der Pegel heute früh 6 Uhr 6,55 m. Das Wasser steigt weiter. Im städtischen Rheinfluss Karlsruhe bezeichnete der Pegel heute morgen 6,98 m.

Die Heidelberg, 27. September. Der Neckar erreichte gestern Abend 6 Uhr mit 3,74 m den höchsten Stand und übertraf damit die beiden vorausgegangenen Hochwasser erheblich. Die Lagerhäuser an der Neckarauflufe bei der alten Brücke wurden überspült, Maschinen und Geräte standen im Wasser. Die Arbeiten an der im Bau begriffenen Römerbrücke haben durch das Hochwasser keine Störungen erlitten. Das Wasser geht langsam zurück. Heute vormittag 8 Uhr zeigte der Pegel noch 3,77 m. Bis jetzt ist die Schiffahrt nicht wieder aufgenommen worden.

Die Durlach, 27. September. Infolge der anhaltenden heftigen Regengüsse führt die Elz Hochwasser. An einigen Stellen ist der Damm beschädigt. Aus Söllingen wird berichtet, daß in den tiefer gelegenen Gebäuden die Keller bis zu 40 cm unter Wasser stehen. Großer Schaden wurde an den Kartoffeläckern angerichtet.

Die Iffezheim (Amt Nastatt), 27. September. Infolge des anhaltenden Regens ist der Sandbach hoch angeschwollen und hat das Gelände unserer Gemarlung unter Wasser gesetzt. In der Nacht zum 26. September wurde ein Dammbrech festgestellt. Durch schnelles Eingreifen der Bürgerwehr konnte der Durchbruch verhindert werden. Auf den Feldern wurde ungeheurer Schaden angerichtet. Schwer heimgejagt ist auch die Gegend von Bittersdorf, sowie die Gemarlungen Steinmauern, Echesheim, Mlingen, Au a. Rhein u. a. Orte. Überall sind durch den wolkensbrüchigen Regen und dem Grundwasserdruck keine Seen entstanden. Von den Feldfrüchten war fast nichts mehr zu retten. Auch mit dem Futter steht es schlecht. Der Rhein ist gewaltig gestiegen.

Die Singheim (Amt Baden), 27. September. Die Umgebung unseres Ortes ist überflutet. Das Wasser ist in die Keller gedrungen. Auf der Gemarlung Greffern ist eine große Fläche hinter dem Schußdam durch Ausbruch des Schwarzbaches und Draufasser des Rheines unter Wasser gesetzt.

Gemeinde-Rundschau

Neuregelung der Beamtenzahlung in Mannheim. Der Mannheimer Bürgerausschuss wird sich in seiner nächsten Sitzung u. a. mit der Vorlage über die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse der städtischen Beamten und Angestellten Mannheims zu befassen haben. Danach sollen die Gemeindebeamtenstellen eine Verminderung von seither 2 631 auf 2 502 erfahren. In der höchsten Besoldungsgruppe sind 12 Beamte, bisher waren es 17. Die Bürgermeister bilden befallentlich eine Sondergruppe. In Gruppe 12 ist die Zahl der Beamten von 20 auf 27 gestiegen in Gruppe 11 von 54 auf 57. Dagegen zeigt die Gruppe 10 eine Verminderung von 127 auf 103, in Gruppe 9 von 149 auf 134, in Gruppe 8 von 205 auf 186, in Gruppe 7 von 304 auf 294, in Gruppe 6 von 261 auf 259, in Gruppe 5 von 216 auf 187, in Gruppe 4 von 733 auf 633 und in Gruppe 3 von 534 auf 520.

Entwässerung der badischen Beschnitniederung. Die jetzt annähernd durchgeführte Entwässerung der badischen Beschnitniederung hat dank der Anregung des Kulturbauamtes Heidelberg und dank der Förderung der badischen Staatsregierung einen vollen Erfolg aufzuweisen. Laubenschädel allein schätzt, wie die „M. Mannh. Ztg.“ schreibt, den durch das Pumpwerk auf seiner Gemarlung verheilten Schaden durchschnittlich auf mindestens 20 000 M im Jahr. Trotz der großen Regenfälle dieses Sommers zeigt sich an seiner Stelle der ganzen Niederung eine größere Wasseransammlung. Die Vorbedingungen für eine rationelle Bewirtschaftung des ganzen Gebietes sind dadurch gegeben. Von den 1826 Hektar großen Beschnitniederung ist bereits ein wesentlicher Teil der Bewirtschaftung zugeführt. Wo früher Wildenten, Wasserhühner und Krübe nisteten, geht der Pflug und wird später die Mähmaschine raseln. Neue große Werte sind dadurch geschaffen worden, die die landwirtschaftliche Erzeugung in unserem heimatischen Bezirk ganz bedeutend haben.

Der Bürgerausschuss Dreisach hat den Vorschlag des Haushalts für 1928/27 mit 36 Stimmen gegen 13 der Sozialdemokraten angenommen. Einmütig wurde der Aufwand für die Modernisierung des Wasserwerkes genehmigt. Neben dem mit Gasmotor betriebenen Kolbenpumpen sollen elektrisch betriebene Zentrifugalpumpen und ein Wasserstandsfermeldeung eingerichtet werden. Unter Einspruch der Sozialdemokraten wurde als örtliche Bekanntmachung mit 35 gegen 16 Stimmen beschlossen: Bekanntmachung in der „Dreisacher Zeitung“ und Anschlag an der Gemeindefest.

Bei den Gemeindevahlen in Nießen wurden Präsident Went und die bisherigen bürgerlichen Mitglieder des engeren Gemeinderates bestätigt. Der sozialdemokratische Sitz mußte in der Stichwahl besetzt werden. Bei den Wahlen zum weiteren Gemeinderat bleiben die Verhältnisse ungefähr dieselben wie bisher; nur die Kommunisten dürften zu ihrem bisherigen Sitz einen weiteren erhalten, doch verbleibt den Bürgerlichen die absolute Mehrheit wie bisher.

Bürgermeisterversammlung in Säckingen. In Säckingen fand eine gut besuchte Bürgermeisterversammlung des Bezirks Säckingen statt, an welcher sich auch der Landrat von Rotenberg und Reg.-Rat Henninger vom Bezirksamt teilnahmen. Die Zusammenkunft galt der Aussprache über die zur Zeit schwebenden Fragen der Kommunal- und Finanzwirtschaft der Gemeinden, ferner der Ferngasversorgung.

Der Bürgerausschuss Steißlingen beriet u. a. zusammen mit der Festsetzung der endgültigen Umlage für 1928 den Gemeindevoranschlag für 1927. Es hat sich ein durch Umlage zu bedeckender Fehlbetrag von 25 920 M ergeben. Als Umlage kommen in Frage 60 Pf für das Grundvermögen, 24 Pf für das Betriebsvermögen und 4,50 M für den Gewerbeertrag. Die Frage der Bildung einer Wassergenossenschaft im Weitenried zusammen mit anderen Gemeinden und Privaten löste eine lebhafte Diskussion aus. Der für die Restauration von rund 10 Hektar auf Steißlingen entfallende Kostenaufwand von rund 14 583 M wurde genehmigt. Eingehender wurde weiter die Aufnahme eines Darlehens aus den Mitteln der produktiven Erwerbslostenfürsorge in Höhe von 20 430 M.

Der Spitalbau in Waldshut. In Waldshut fand am Sonntag die feierliche Grundsteinlegung für den Spitalneubau statt. In der Urkunde wird betont, das bereits im Jahre 1411, als Waldshut noch zu Österreich gehörte, das erste Spital errichtet wurde. 1857 wurde in dem ehemaligen Kapuzinerkloster und späteren Gasthof ein vergrößertes Spital eingerichtet. Dieses Spital genügt jedoch den heutigen Ansprüchen nicht mehr. Das neue Krankenhaus hat Platz für alle Kranke. Das Preisgericht nahm zur Ausführung den Entwurf des Architekten, Prof. von Teuffel, Karlsruhe, an.

Der Bürgerausschuss Konstanz hatte in seiner ersten Sitzung nach den Sommerferien zu den Gasversorgungsverträgen mit den Gemeinden Stein a. Rh., Mammern, Eshenz, Wagenhausen und Ohningen Stellung zu nehmen. Es ist hierfür ein Anlehen von 400 000 M notwendig, die mit 2 Proz. jährlich zu tilgen sind. Die Arbeiten sollen erst ausgeführt werden, wenn die finanzielle Dedung gewährleistet ist. Von der demokratischen Fraktion war ein Antrag hierzu eingegangen, der im letzten Satz des Stadtratsbeschlusses dahin eine Änderung vorschloß, daß mit der Ausführung erst begonnen werden darf, wenn die finanzielle Dedung zu höchstens 7 1/2 Proz. gewährleistet ist. Bei der Abstimmung wurde der demokratische Antrag gegen die Antragsteller abgelehnt und der Antrag des Stadtrates mit einer neuen Schlussfassung angenommen, die besagt, daß mit der Ausführung der Arbeiten erst begonnen werden darf, wenn die finanzielle Dedung gewährleistet ist. Der Stadtrat hat sich zu bemühen, eine Darlehensaufnahme von höchstens 7 1/2 Proz. zu erreichen. Eine zweite Vorlage, betreffend die Errichtung einer Reichen- und Turnlehrerstelle an der Mädchenoberrealschule fand Annahme.

Das Konstanzer Gaswerk. In Konstanz tagte der städtische Kammerofenschuß, um zu der Denkschrift des Bürgermeisters Krensch über die zeitgemäße Erneuerung des Gaswerks und zu dem Angebot der Agvea (Singen), das Gas von ihr zu beziehen, erneut Stellung zu nehmen. Nach eingehender Aussprache mit dem Vertreter der Agvea wurde einstimmig beschlossen, das Angebot der Agvea abzulehnen und die Erstellung einer Kammerofenanlage dem Bürgerofenschuß vorzulegen.

Wetternachrichten der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Auch gestern kam es in Baden noch strichweise zu Regen bei sonst heiterem, aber kühlem Wetter. Heute morgen trat vielerorts Nebel auf. Das europäische Tiefdruckgebiet hat sich jetzt ganz nach Nordosten verlagert und seinen Einfluß auf unsere Bitterung verloren. Dafür ist es über dem Festland zur Ausbildung eines Hochdruckgebietes gekommen, in dem größtenteils heiteres Wetter herrscht. Ein nordwestlich Englands liegender neuer ozeanischer Sturmwirbel wird uns voraussichtlich nur Warmluftzufuhr bringen, aber sonst zu keiner Verschlechterung des Wetters beitragen. Wetterausblick bis Donnerstag: Heiter, meist trocken und tagsüber etwas wärmer, örtliche Frühnebel.



Die Hindenburg-Wohlfahrtsbriefmarken der Reichspost zum 30. Geburtstag des Herrn Reichspräsidenten. Amtliche Postwertzeichen, zur Frankierung aller Postsendungen gültig bis 30. April 1923.

Kurze Nachrichten aus Baden

Das Badische Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 32 enthält eine Verordnung des Ministers des Kultus und Unterrichts über die Erhebung der Landes- und Ortskirchensteuer für 1927.

* Mannheim, 27. Sept. Die Oberheinische Eisenbahngesellschaft ist seit Wochen eifrig an der Arbeit, um die Elektrifizierung ihrer Lokalbahnstrecke Mannheim-Oberberg durchzuführen. Die Arbeiten sind günstig fortgeschritten, so daß man wohl damit rechnen darf, daß bis Weihnachten die Elektrifizierung bis Sodenheim durchgeführt sein wird, was das Publikum als ein sicher angenehmes Wechnachtsgeschäft hinnehmen wird.

D. J. Titisee, 27. September. Die heute hier abgehaltene Hauptversammlung des Vereins Schwarzwälder Gosheliker hat am Schlusse der Tagung nach einem Lichtbildvortrag des Professors Schwarzweber, Freiburg, eine Resolution angenommen, in der der Verein gegen die Einbeziehung des Titisees in das Schlachtopferprojekt Einspruch erhebt.

* Griesbach, auf dem Hohenwald, 27. Sept. Hier fand im Gegenwart von Vertretern der Staatsbehörden, verschiedener Gemeinden, sowie medizinischen Fachleuten und zahlreichen Landwirten ein öffentliche Versammlung zur Erhebung der Viehzucht auf dem Hohenwald statt. Das oberbadische Vieh hat sich als unzureichend erwiesen. Es wurde deshalb beschlossen, der bereits gegründeten Vorwälder Zuchtgenossenschaft beizutreten, um wieder gutes Zuchtvieh zu bekommen.

* Bonndorf, 27. Sept. Wie der „Albode“ meldet, werden zur Zeit in Bonndorf und Umgebung sowie auch in St. Georgen und Todmooß von den Weistännern die Tannenzapfen gebrochen und zwar im Auftrag einer norddeutschen Firma. Die Verursamler gewinnen die Tannenzapfen, indem sie mittels Steigeisen auf die Bäume klettern. Die Zapfen gehen Wagenweise an eine preussische Staatsbarre, wo dann das Saftgut aus ihnen gewonnen wird.

Verschiedenes

Ein Wort zur Sportfiskation

Das „Heidelberger Tageblatt“ bringt zum Vorkampfung Tunney und Dempsey und zu der übertriebenen ausföhrlichen Kabeberichterstattung mancher deutscher Blätter folgende richtige und beherzigenswerte Ausführungen:

„Sportliche Leistungen soll man anerkennen, aber mit Maß und Würde! Es ist unsere Pflicht, Leibesübungen in jeder Weise zu fördern, es ist eine der größten Pflichten unserer Jugendzucht. Aber wir wollen nicht, daß neben dem Sport sich eine hysterische Sportfiskation breit mache, in der wir eine durchaus krankhafte Erscheinung der Zeit sehen. Es ist für unser deutsches Volk vollkommen gleichgültig, ob zwei Amerikaner in den Ring steigen, und wer von ihnen der

stärkere Mann sei. Wir haben wichtigere und größere Aufgaben zu erfüllen, die uns näher am Herzen liegen müssen und bei denen die Anteilnahme des Volks und der Schwung deutscher Begeisterung angebracht wären, als bei dem geistigen Vorkampfung.“

Der Flug Königs

Neuer meldet, daß der deutsche Flieger Königs, entgegen anderen Meldungen, am Dienstag vormittag von Ungarn abgeflogen und im Laufe der Nacht in Bagdad eingetroffen sei, von wo er am Donnerstag den Weiterflug anzutreten gedenkt.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	26. Sept.		27. Sept.	
	Bel.	Bel.	Bel.	Bel.
Amsterdam 100 G.	168,21	168,55	168,22	168,56
Kopenhagen 100 Kr.	112,35	112,57	112,35	112,57
Italien . . . 100 L.	22,90	22,94	22,885	22,925
London . . . 1 Pf.	20,415	20,455	20,413	20,453
Newport . . . 1 D.	4,1955	4,2035	4,1945	4,2025
Paris . . . 100 Fr.	16,46	16,50	16,455	16,495
Schweiz . . . 100 Fr.	80,915	81,085	80,90	81,06
Wien 100 Schilling	59,17	59,29	59,17	59,29
Prag . . . 100 Kr.	12,435	12,455	12,433	12,453

Staatsanzeiger

Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:
Zum Gendarmeriekommissär Gendarmerieoberwachmeister Karl Schönberr in Bogberg, Amt Tauberbischofsheim.
Planmäßig angestellt:
Verwaltungspraktikant Alfred Theobald beim Bezirksamt Buchen als Verwaltungsobersekretär.

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Planmäßig angestellt:
Der Laborant Karl Brendler an der Universität Freiburg.

Ministerium der Finanzen

Forstabteilung
Befördert:
Forstsekretär Josef Bernauer in Todmooß zum Forstamt Überlingen.

Gestorben:

Karl Garter, Oberlehrer in Niederschopfheim, Amts Offenburg.

Städtische (öffentliche) Sparkasse Oberkirch.

Bilanz auf 31. Dezember 1926.

Vermögen.		Schulden.	
	RM		RM
1. Kassenbestand	21 635,57	1. Spareinlagen	900 875,14
2. Bei Girozentrale und Banken	50 524,95	2. Giroeinlagen	75 943,10
3. Wertpapiere	—	3. Vorkaufz. Zinsen	273,—
4. Wechsel	37 955,01	4. Ausgaberrückstände	204,40
5. Darlehen a. Hypotheken	545 000,—	5. Rücklagen:	
6. Darlehen in laufender Rechnung an Private	118 277,05	a) gesetzl. Reservefonds	134 921,63
7. Darlehen a. Schuldschein	175 740,—	b) Sonderrücklage	—
8. Darlehen an Gemeinden	4 400,—	c) Aufwertungsstock	347 195,82
9. Sonstige Kapitalanlagen	—	6. Reingewinn im Jahre 1926	12 281,67
10. Aufwertungskapitalien	37 461,85		
11. Einnahmerückstände	333 186,—		
12. Stillsch. Zinsen	13 499,23		
13. Grundstücke u. Gebäude	18 829,65		
14. Gerätschaften	110 432,—		
	4 752,45		
	1 471 694,76		1 471 694,76

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8% aus 976 818,24 RM Einlagen 78 145,44 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1926 147 203,30 „
Somit mehr 69 057,86 RM
Oberkirch, den 18. Mai 1927. L. 618

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Zellhauer.
Der Geschäftsleiter: Frühe.

Öffentliche Sparkasse Buchen.

Bilanz auf 31. Dezember 1926.

Vermögen:		Verbindlichkeiten.	
	RM		RM
1. Kassenbestand	354,53	1. Spareinlagen	660 537,80
2. Guthaben bei der Girozentrale und Postfisch	121 173,09	2. Giro- und Kontokorrenteinlagen	179 180,35
3. Wertpapiere (Erinnerungswert)	5,—	3. Sonstige Einlagen	—
4. Wechsel	8 019,60	4. Anlehens- und andere Schulden	10 000,—
5. Hypothekendarlehen	164 559,55	5. Ausgaberrückstände	1 114,23
6. Darlehen auf laufende Rechnung	406 469,44	4. Rücklagen:	
7. Darlehen a. Schuldschein	102 862,56	a) gesetzl. Reservefonds	34 549,67
8. Darlehen an Gemeinden	73 797,90	b) Sonderrücklage	—
9. Einnahmerückstände	21 499,18	c) Aufwertungsstock	—
10. Grundstücke u. Gebäude	111,70	7. Reingewinn vom Jahre 1926	15 981,77
11. Gerätschaften	2 511,27		
	901 363,82		901 363,82

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8% aus 839 718 RM Einlagen 67 177,44 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1926 50 531,44 RM
Somit weniger 16 646,— RM
Buchen, den 18. September 1927. L. 628

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Dr. Schmitt.
Der Geschäftsleiter: Dr. Runz.

§ 627. Bruchsal. Nach ordnungsmäßig erfolgter Annahme und rechtskräftiger Befestigung des Zwangsvergleichs hat die Geschäftsaufsicht über die Firma Albert Mann Bwe., Darm- und Gewürzhandlung in Bruchsal, mit dem Ablauf des 13. Sept. 1927 ihr Ende gefunden. (§ 69 der Gesch. V. D.)
Bruchsal, 22. Sept. 1927.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Das Stoffamt der Reichsbahndirektion Karlsruhe verleiht am 29. 30. September u. 4. Oktober 1927, vorm. 8 Uhr und nachm. 2 Uhr beginnend im Verleigerungsraum Karlsruhe, Hauptbahnhof (Eingang Magazinerbahnhof) öffentlich gegen Barzahlung Fundstücken vom 2. Vierteljahr 1927 und unanbringliche Frachtgüter, darunter Photoapparate, große Geige, Zither, Gitarre, Uhren, Schmucl, Augenkläser, Fahrrad, etwa 920 kg = 7 Faß Gold, oder, etwa 60 kg = 1 Faß Materleim, 1 Kontrollkaffe für Wirtschaftsbetrieb, 4 große Wandbilder unter Glas. L. 601.



Badisches Landestheater
Donnerstag, 29. Sept. 1927
* D 4 (Donnerstagmiete)

Losca
von Puccini
Musikalische Leitung:
Rudolf Schwarz
Regie: Robert Lebert
Losca von Hartung
Cavabardoffi Rentwig
Scarpia Beyrauch
Angelotti Böfer
Mehner Vogel
Sioletta Rauffötter
Sciarone Böfer
Schliefer Rittan
Sitt Weiner
Anfang 8 Ende 10 1/4
I. Rang und I. Sperrfö
7 RM
Fr. 30. Sept.: Zum ersten Male: Ein besserer Herr
Sa. 1. Okt.: Viel Pärmen um Nichts

Lebensbedürfnisverein

Wir machen unsere verehrl. Mitglieder darauf aufmerksam, daß wir unsere

Verteilungsstelle Nr. 23

bisher Kriegsstraße 264

ab Donnerstag, den 29. September 1927

nach

Bunsenstrafte 9

(Ecke Kriegs- und Bunsenstrafte) verlegen.

Am Mittwoch, den 28. ds. Mts., bleibt die Verteilungsstelle wegen Umzug geschlossen und ersuchen wir die verehrl. Mitglieder, sich rechtzeitig einzudecken, oder ihre Einkäufe an diesem Tage in unserer Verteilungsstelle Nr. 18, Neffenstraße 25, vorzunehmen.

Die auf das Modernste eingerichtete Verteilungsstelle wird auch fernerhin zur Warenentnahme unseren verehrl. Mitgliedern empfohlen. © 726 Der Vorstand.

Badischer Wassertraktat

Heft 23 „Eisen mit Schwarzbad“ ist erschienen und bei der Wasser- und Straßenbaudirektion und im Buchhandel zu beziehen. L. 631

Heiraten

vermittelt in die besten Kreise G. 714
Reell Diskret
Frau H. Erzinger,
Karlsruhe,
Zähringerstr. 27 III. St.

Freihändiger Nugholz-Verkauf.

Freihändiger Nugholz-Verkauf.
Forstamt St. Blasien:
Montag, den 10. Oktober 1927, nachmittags 4 Uhr,
4500 Fm. Nadelstammholz,
Fichten mit einzelnen Tannen.
Losverzeichnis vom Forstamt. L. 630

Ludwig Schweisgut
Karlsruhe i. B.
Erbsprinzenstraße 4
beim Rondellplatz
Flügel
Pianos 750
Harmoniums
Nur beste Fabrikate
Sehr mäßige Preise
Umtausch alter Klaviere

Freihändiger Nugholz-Verkauf.

Freihändiger Nugholz-Verkauf.
Forstamt St. Blasien:
Montag, den 10. Oktober 1927, nachmittags 4 Uhr,
4500 Fm. Nadelstammholz,
Fichten mit einzelnen Tannen.
Losverzeichnis vom Forstamt. L. 630

Karlsruhe. L. 622
Güterrechtsregister - Einträge:
1. Band XI, Seite 462:
Hobapp, Otto, Maler, Karlsruhe-Daglanden, und Ludwig geb. Frey, Verträge vom 8. Juli 1927. Gütertrennung. 23. 9. 27.
2. Seite 463: Meßger, Karl, Kaufmann, Karlsruhe, und Maria geb. Nugh, Verträge vom 13. Sept. 1927. Gütertrennung. 23. 9. 27.
Badisches Amtsgericht.